

Die bayerische Wirtschaft

vbw

Halbjahresbericht 2/2025

www.vbw-bayern.de

Berichtszeitraum

**Mai bis
Oktober 2025**

Editorial	02
Im Brennpunkt Die neue europäische Handelspolitik	03
Wirtschaftliche Lage De-Industrialisierung	05
Gesetzgebung Quo vadis Bürokratieabbau?	07
Position Flexibilisierung der Arbeitszeit	09
Wasserstoffkosten für die Industrie	10
Im Fokus Sozialversicherungssysteme konsequent reformieren	11
Bildung Lehramtsstudium neu gedacht	12
Neues aus den Verbänden	13
In den Medien	14
Aus den Regionen	15
vbw Gremium	17
Impressum	18

Editorial

Bruchrechnungen

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs.

Die ökonomische Weltordnung befindet sich in einem dramatischen Wandel, der uns in Europa vor enorme Herausforderungen stellt. Der weltweite Trend zu mehr Protektionismus birgt gerade für die exportorientierte bayerische Wirtschaft große Risiken.

Trumps Zölle machen unsere Ausfuhren in die USA teurer. Gleichzeitig hat sich China zu einem knallharten Wettbewerber entwickelt, der nicht immer mit fairen und marktwirtschaftlichen Mitteln spielt.

Wir brauchen eine neue Außenwirtschaftsstrategie, um auf diese Entwicklungen angemessen zu reagieren. Das Zauberwort heißt „Diversifizierung“. Denn ohne neue Handelsabkommen besteht das Risiko eines konjunkturellen **Schiffbruchs**.

Schon heute steckt die Wirtschaft in unserem Land in einer Krise. Nach zwei Rezessionsjahren kommt die deutsche Konjunktur noch immer nicht vom Fleck. Es herrscht Stagnation.

Das Grundproblem im Land: Der Standort ist für viele Unternehmen schlichtweg zu teuer geworden. Und die Folgen werden immer sichtbarer – gerade für die Industrie.

Wir brauchen deshalb auch einen wirtschaftspolitischen **Aufbruch**, den die Bundesregierung bereits eingeleitet hat. Jetzt gilt es, die Wirtschaftswende so rasch wie möglich zu vollenden. Unser Land benötigt strukturelle Veränderungen, die langfristig das Wachstumspotenzial erhöhen.

Gerade mit Blick auf den Bürokratieabbau, die Energiekosten und den Reformstau in der Sozialpolitik muss er jetzt gelingen: der **Durchbruch**!



Wolfram Hatz
Präsident



Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer


Wolfram Hatz
Präsident

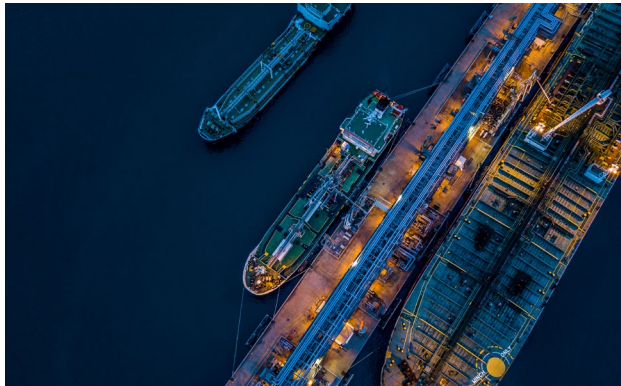

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer

Im Brennpunkt

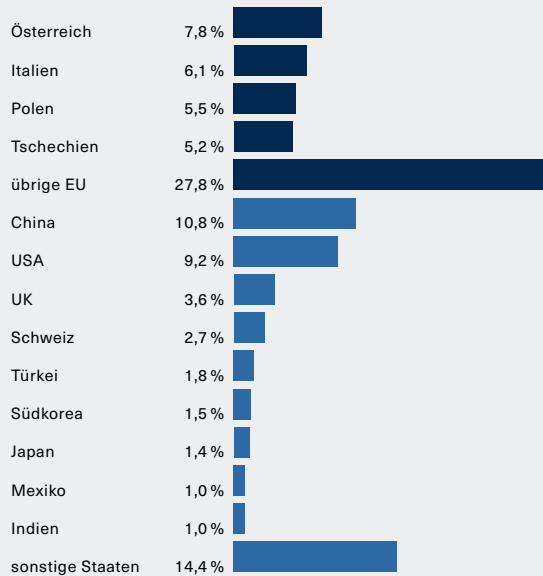
Die neue europäische Handelspolitik

Die Weltwirtschaft befindet sich im Wandel – nicht erst seit der Wiederwahl von US-Präsident Donald Trump; doch seine protektionistische Wirtschafts- und Handelspolitik beschleunigt den Trend zur De-Globalisierung und belastet den Welthandel enorm. Die tief in internationale Handels- und Wertschöpfungsketten integrierte deutsche und bayerische Wirtschaft ist von diesen Entwicklungen in besonderer Weise betroffen.





Anteil des Handelsvolumens
am gesamten Handelsvolumen, 2024



Quelle: vbw Studie „Folgen einer neuen Welt(wirtschafts)ordnung für Deutschland und Bayern“ (Prognos AG)

Mit dem EU-Mercosur-Abkommen entsteht ein gemeinsamer Markt mit 715 Millionen Menschen

Die Antworten auf diese Herausforderung liegen in Europa. Klar ist, dass wir weiterhin auf Freihandel und offene Märkte setzen müssen. Nach außen bedeutet das, möglichst viele Partnerschaften und Freihandelsabkommen zu schließen; nach innen heißt das, den europäischen Binnenmarkt zu vollenden und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhöhen. Dies kann nur gelingen, wenn die Europäische Union geeint und geschlossen auftritt.

„Das CEPA-Abkommen zwischen der EU und Indonesien stärkt insgesamt den europäischen Wirtschaftsraum – davon können alle Branchen profitieren.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

Die regelbasierte, multilaterale Welthandelsordnung unter dem Dach der WTO ist faktisch nicht mehr funktionsfähig, die Handelsbeziehungen mit unseren beiden größten Handelspartnern USA und China werden zunehmend schwieriger. Das heißt, wir brauchen andere, zusätzliche Partner, die offen sind für Freihandel. Die Europäische Kommission hat die richtigen Schlüsse aus den aktuellen Entwicklungen gezogen: Nach vielen Jahren ist endlich das Abkommen mit den Mercosur-Staaten abgeschlossen, mit Indonesien wurde das CEPA-Abkommen vereinbart, das Handelsabkommen mit Mexiko wurde modernisiert, es laufen Verhandlungen unter anderem mit Indien, Malaysia, Thailand und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dies sind entscheidende Schritte, um den Handel zu erleichtern und Abhängigkeiten von einzelnen Märkten zu reduzieren.

Das Außenhandelsvolumen Bayerns summierte sich 2024 auf 451,8 Milliarden Euro
Exporte: 224,7 Mrd. Euro
Importe: 227,1 Mrd. Euro

Und es sind auch klare Signale in Richtung von Donald Trump: Protektionismus ist der falsche Weg, Europa setzt auf Freihandel und forciert den Handel mit Partnern, die dies ebenso sehen.

Gleichzeitig müssen innerhalb der EU nach wie vor bestehende Handelshemmnisse abgebaut werden, um den innereuropäischen Austausch zu fördern und auch auf diesem Weg Abhängigkeiten von Drittmärkten zu verringern. Dies muss einhergehen mit einer Verbesserung der Standortbedingungen in Europa. Damit die EU weiterhin eine gewichtige Rolle in der Weltwirtschaft spielen kann und ein attraktiver Handelspartner bleibt, müssen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken.

„Dass nach Mercosur auch CEPA unterzeichnet wurde, sendet ein starkes Signal an die US-Administration.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw



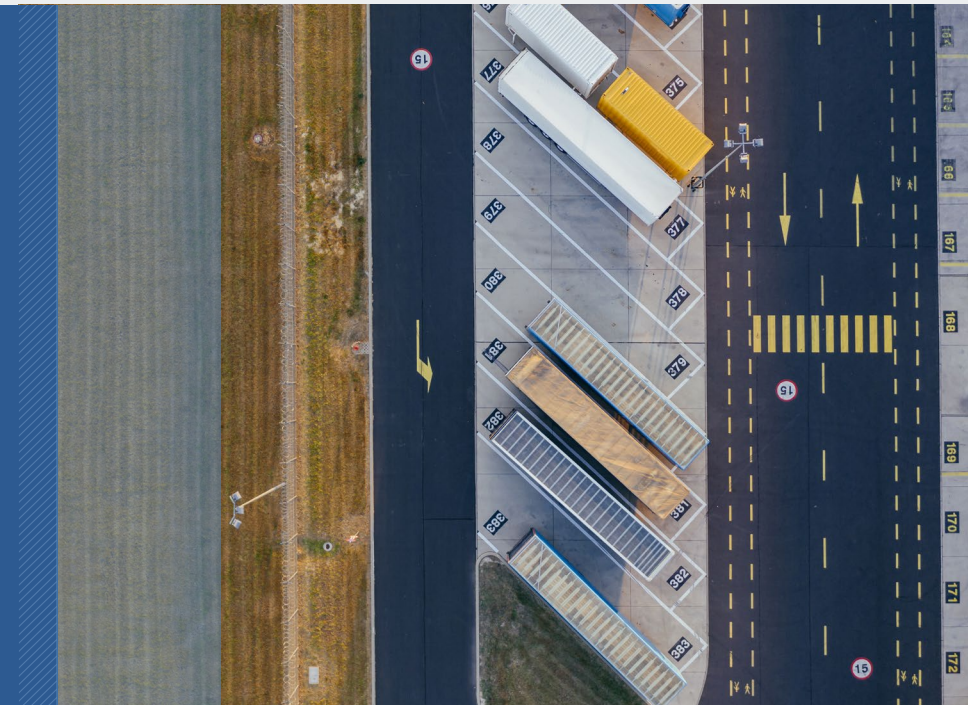
Wirtschaftliche Lage

De-Industrialisierung

Die deutsche Wirtschaft kommt nicht vom Fleck. Zwar gibt es Anzeichen, dass der konjunkturelle Tiefpunkt erreicht ist, eine Trendwende nach oben lässt aber noch auf sich warten.

„Der Rückgang des bayerischen Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr 2025 um 0,4 Prozent ist ein weiteres Alarmsignal für unseren Wirtschaftsstandort. (...) Die tiefgreifenden strukturellen Probleme hindern jeglichen Versuch, unsere Wirtschaft wieder spürbar auf Erfolgskurs zu bringen. Die hohen Kosten für Arbeit, Steuern und Energie sind die größten Wachstumsbremsen.“

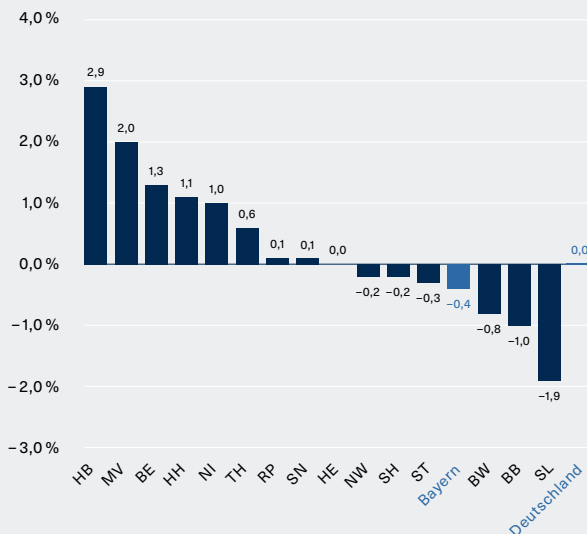
Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw



„Das prognostizierte stärkere Wachstum im kommenden Jahr liegt hauptsächlich an den stark steigenden Staatsausgaben durch das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie an der Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Das ist kein solides Fundament für einen nachhaltigen Aufschwung.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

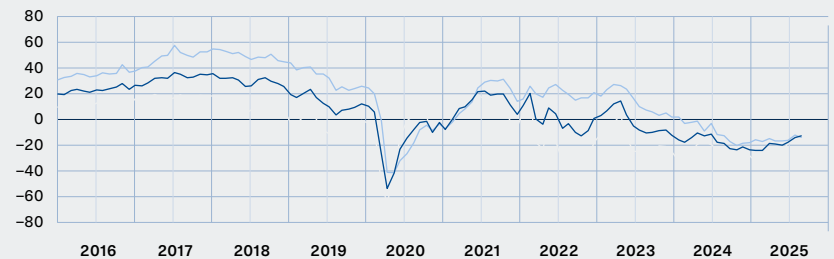
Bruttoinlandsprodukt nach Ländern
1. Halbjahr 2025
preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr



Quelle: VGR der Länder

ifo-Geschäftsklima Bayern
Gesamtwirtschaft, Saldo aus
positiven und negativen Antworten

Lage
Erwartungen
Klima
Quelle: xxx



Nach zwei Rezessionsjahren stagnierte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Halbjahr 2025 gegenüber dem Vorjahr. Die bayerische Wirtschaftsleistung ging sogar um 0,4 Prozent gegenüber der ersten Jahreshälfte 2024 zurück. Verantwortlich hierfür ist das überdurchschnittliche Gewicht der Industrie und des Baugewerbes im Freistaat – zwei Branchen, die besonders unter der konjunkturellen und strukturellen Krise leiden. So lag die Industrieproduktion in Bayern im ersten Halbjahr um 3,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau, die Bauproduktion sogar um 5,4 Prozent.

Für das Gesamtjahr ist nur eine wirtschaftliche Stagnation oder allenfalls ein minimales Plus beim BIP zu erwarten. Steigende Auftragseingänge und höhere Baugenehmigungen zeigen zwar eine konjunkturelle Bodenbildung an, doch die strukturellen Standortprobleme bleiben bestehen. Hinzu kommt das extrem unsichere außenwirtschaftliche Umfeld, das gerade die stark internationalisierte deutsche und bayerische Wirtschaft belastet. Folglich bewegen sich auch die Stimmungsindikatoren der Unternehmen trotz leichter Erholungstendenzen nach wie vor auf recht niedrigem Niveau.

Erst für das kommende Jahr ist ein etwas stärkeres Wachstum zu erwarten, das BIP könnte dann um rund ein Prozent zulegen. Die wesentlichen Impulse hierfür gehen von den stark steigenden öffentlichen Investitionen aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität so-

wie den erhöhten Verteidigungsausgaben aus. Voraussetzung für einen nachhaltigen und dauerhaften Aufschwung sind jedoch strukturelle Reformen, die die Standortbedingungen im Inland verbessern. Insbesondere die hohen Arbeits- und Energiekosten, die Steuer- und Abgabenlast sowie die bürokratischen Kosten und Hürden bremsen die Wirtschaftsleistung.

Die wirtschaftliche Schwäche belastet auch den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen in Bayern stieg saisonbereinigt von Januar bis September um 21.000. Die Arbeitslosenquote lag im September bei 4,2 Prozent, das waren 0,4 Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr. Dennoch weist der Freistaat weiterhin die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland auf. Trotz steigender Arbeitslosigkeit nahm die Beschäftigung bis zuletzt leicht zu, wobei das Wachstum fast ausschließlich im Bereich öffentlicher Dienst, Gesundheit und Soziales stattfand. Speziell in der Industrie gingen hingegen zahlreiche Arbeitsplätze verloren und die Pläne der Unternehmen signalisieren einen weiteren Abbau. Im Zuge der konjunkturellen Erholung im kommenden Jahr dürfte die derzeit schwache Nachfrage nach Arbeitskräften wieder zunehmen und die Arbeitslosigkeit leicht zurückgehen. Der Beschäftigungsanstieg wird dennoch allmählich auslaufen. Die demografische Entwicklung führt zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, der immer weniger durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und durch Zuwanderung aus dem Ausland ausgeglichen werden kann.

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz,
Entgelttransparenzgesetz
und Bundestariftreuegesetz

Quo vadis Bürokratieabbau?



Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Die aktuell vorgesehenen Anpassungen beim Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sind enttäuschend. Geplant sind ein Wegfall der Berichtspflichten und eine Reduzierung der Ordnungswidrigkeitstatbestände. Für einen echten Bürokratieabbau ist das zu wenig. Insbesondere, da auf europäischer Ebene weitreichende Anpassungen bei der Wertschöpfungskettenrichtlinie diskutiert werden und mutmaßlich wesentlich weniger Unternehmen betroffen sein werden. Richtig wäre es daher, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz auszusetzen und mittelfristig durch die EU-Richtlinie zu ersetzen.

Unnötige Bürokratie schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und gefährdet das Wachstum.

Entgelttransparenzgesetz

Für Arbeitgeber bedeutet die EU-Entgelttransparenzrichtlinie eine Verschärfung des bestehenden Entgelttransparenzgesetzes. Dies führt zu einem erheblichen Bürokratieaufwuchs durch neue Berichtspflichten, detaillierte Auskunftrechte und die Einhaltung strenger geschlechtsneutraler Entlohnungsprozesse. Unternehmen müssen künftig sicherstellen, dass ihre Gehaltsstrukturen objektiv, geschlechtsneutral und transparent sind. Analyse und Anpassung bestehender Gehaltsstrukturen führen bereits zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand. Darüber hinaus können alle Beschäftigten künftig Auskunft über ihre Gehaltsfestlegung und Karriereentwicklung, bei größeren Unternehmen sogar über die durchschnittlichen Entgelte, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und gleichwertiger Arbeit verlangen. Teilweise muss ab einem bestimmten geschlechtsspezifischen Lohngefälle eine gemeinsame Entgeltbewertung stattfinden oder auch alle drei Jahre ein Bericht zur Entgeltgleichheit veröffentlicht werden. All dies stellt eine einschneidende Änderung für Unternehmen dar, die entgegen den Ankündigungen der EU vor allem durch die neuen Berichts- und Informationspflichten erheblich belastet werden.

Bundestariftreuegesetz

Bei dem aktuellen Entwurf eines Bundestariftreuegesetzes handelt es sich um ein bürokratisches Zwangsgesetz mit unnötigen Belastungen für Wirtschaft und Tarifautonomie. Das Vorhaben führt zu einem nicht hinnehmbaren bürokratischen und damit auch finanziellen Aufwand für alle, die an der öffentlichen Auftragsvergabe des Bundes beteiligt sind.

„Wir brauchen ein ‚One in, two out‘-Prinzip, bei dem für jede neue bürokratische Regelung eine Entlastung in doppelter Höhe erfolgt, und Praxis- und Digitalchecks für jedes Gesetzesvorhaben.“

Wolfram Hatz
Präsident vbw

Die Akzeptanz der Tarifbindung steigt nicht durch gesetzlichen Zwang. Aussagen, dass Bundesaufträge nicht länger an „Billigheimer/Lohndumping“ gehen dürfen, gehen fehl. Unternehmen werden bereits durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur Gesetzestreue bei der Auftragsausführung verpflichtet. Die Arbeitsbedingungen im Wettbewerb um Aufträge basieren auf deutschen Gesetzen. Das Mindestlohnsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz garantieren bereits angemessene Mindestentgelte für Beschäftigte.

Bestehende Tarifverträge werden verdrängt und entwertet. Damit werden die Anreize für eine Tarifbindung noch gesenkt und damit die Ziele des Vorhabens verfehlt. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen hätten hier das Nachsehen. Nicht zuletzt widerspricht das Vorhaben den im Koalitionsvertrag vereinbarten Plänen für Bürokratieabbau.

Aus unseren
Social-Media-Kanälen

vbw – Die bayerische Wirtschaft
4 Std. · 🌐

Wie kann Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung in Deutschland und Bayern weiter vorangetrieben werden?

Auf Einladung von Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder diskutierten rund 40 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik beim [#ForumDigitaleTransformation](#) die Herausforderungen und Ansätze zum Abbau von Bürokratie und der Modernisierung des Staates durch Digitalisierung. Als Gastredner begrüßte die Runde im Haus der Bayerischen Wirtschaft den ersten Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, Dr. Karsten Wildberger.

vbw Präsident Hatz betonte: Der Staat muss seine administrativen Ansprüche weiter deutlich zurückfahren, Leistungen effizienter zur Verfügung stellen und auf allen Ebenen Abläufe vereinfachen und beschleunigen. Wir hatten dazu heute einen konstruktiven Austausch und konnten wichtige Forderungen aus Unternehmenssicht bekräftigen und anhand konkreter Beispiele verdeutlichen."

Bayern.de

Entwaldungsverordnung –
wie geht's weiter?

Das EU-Parlament und der EU-Rat haben im Mai 2023 die EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR) erlassen, die am 30. Dezember 2024 in Kraft treten sollte. Nach Interventionen von Mitgliedstaaten, Drittländern, zahlreichen Marktteilnehmern und der vbw gemeinsam mit weiteren Wirtschaftsvertretern wurde ein Aufschub des Geltungsbeginns erwirkt. Aktuell gilt der 30. Dezember 2025 als verbindlicher Termin für das Inkrafttreten. Für Unternehmen, die am 31. Dezember 2020 als Klein- oder Kleinunternehmen kategorisiert waren, gilt eine längere Frist bis zum 30. Juni 2026.

Die EUDR hat massive Auswirkungen auf zahlreiche Branchen und Industrien in Europa. Zusätzliche administrative Belastungen sollen künftig selbst kleinste Privatwaldbesitzer, Rinderhalter und Sojaanbauer im Freistaat treffen – obwohl in Bayern und Deutschland kein Entwaldungsrisiko besteht. Tatsächlich hat Bayern den höchsten Holzvorrat in Europa. Weitere Marktteilnehmer, die mit den Rohstoffen Holz, Soja, Kautschuk, Kaffee, Palmöl und Rind handeln oder arbeiten, stehen gleichermaßen vor umfangreichen Hürden. Es drohen Lieferengpässe und -ausfälle, und der notwendige Waldumbau würde gebremst.

Es besteht nach wie vor Unsicherheit über die genaue Ausgestaltung und den tatsächlichen Geltungsbeginn der EUDR. Ende September 2025 hat die EU-Kommission mit Verweis auf Kapazitätsprobleme des IT-Systems signalisiert, den Geltungsbeginn der EUDR erneut um ein Jahr verschieben zu wollen. Es liegt bislang jedoch kein Gesetzesentwurf vor. Die Zeit drängt nun.

Generell gilt für den Anwendungsbereich der EUDR: Marktteilnehmer und Händler, die ein relevantes Erzeugnis in der EU in Verkehr bringen oder bereitstellen oder ausführen, müssen unabhängig von der Menge die Verpflichtungen der Verordnung erfüllen. Die FAQs der Kommission führen näher aus, wie diese Vorgaben zu erfüllen sind und wo Ausnahmen greifen können. Tatsächlich bleiben aber viele Fragen offen, deren Beantwortung zudem vom Einzelfall abhängt. Es sind weitere delegierte Rechtsakte angekündigt, die den Anwendungsbereich und die spezifische Auslegung der EUDR verändern können. Schon diese vielen



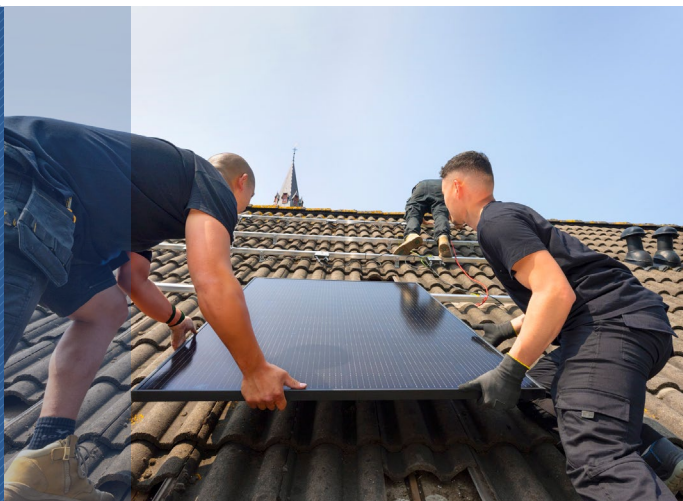
„Für Regionen ohne jegliches Entwaldungsrisiko wie Bayern ist eine No-Risk-Kategorie ohne Berichtspflichten notwendig.“

offenen Fragen sind Grund genug, die Verordnung jetzt nicht in Kraft treten zu lassen.

Ein weiterer Aufschub muss dieses Mal aber vor allem für inhaltliche Verbesserungen genutzt werden. Notwendig ist unter anderem die Einführung einer vierten Risikokategorie, einer No-Risk-Kategorie, für Regionen ohne jegliches Entwaldungsrisiko wie Bayern. Ein weiterer wichtiger Punkt ist eine Beschränkung der EUDR-Pflichten auf die erstmalige Markteinführung von Produkten bzw. Rohstoffen. Damit würden alle weiteren Akteure in der Lieferkette entlastet. Sollten keine grundlegenden inhaltlichen Anpassungen vorgenommen werden, muss das Vorhaben insgesamt gestoppt werden. Wesentliche Kritikpunkte und Anpassungsbedarf haben wir unter Einbeziehung unserer Mitglieder in der Position *EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten* zusammengefasst.



Download Position – Entwaldungsfreie Lieferketten
risiko- und praxisgerecht gestalten
vbw-bayern.de/POSEV



Position

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Mit der geplanten Reform des Arbeitszeitgesetzes will die Bundesregierung geltendes EU-Recht endlich auch für Deutschland einführen. Im Zentrum steht dabei die durchschnittliche Wochenarbeitszeit als maßgebliche Grenze. Wir begrüßen die Reform ausdrücklich, denn davon profitieren Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen. Zusätzlich zu diesen Plänen der Bundesregierung müssen aber auch neue Regelungen zur täglichen Ruhezeit dringend angegangen werden.

Die acht Kernforderungen der vbw

1. Wir benötigen einen neuen gesetzlichen Rahmen unter Beachtung des zulässigen Arbeitszeitvolumens und Ruhezeiten, wie sie die EU-Regelungen vorsehen.
2. Wir benötigen eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeit – weg von einer eher täglichen Betrachtung hin zu einer wöchentlichen Betrachtung der Arbeitszeit mit durchschnittlich maximal 48 Stunden pro Woche bei einer täglichen Mindestruhezeit, die betrieblich entsprechend der jeweiligen Aufgaben und Tätigkeiten festgelegt wird.
3. Wir brauchen flexible Lösungen für Wochenend- und Schichtarbeit unter Berücksichtigung der Mitarbeitergesundheit.
4. Wir benötigen mehr individuellen Spielraum, um die gemeinschaftlichen Interessen von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern abbilden zu können.
5. Wir brauchen flexible Möglichkeiten, die die spezifischen Bedürfnisse unterschiedlicher Branchen abbilden, denn es gibt massive Unterschiede zwischen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen.
6. Innerhalb einer Branche müssen betriebsspezifische Anforderungen abgebildet und individuelle Bedürfnisse von Arbeitnehmern und Unternehmen berücksichtigt werden können.
7. Die Arbeitszeiterfassung muss so geregelt werden, dass es zu keinen weiteren, zusätzlichen Belastungen und Restriktionen kommt. Eine Vertrauensarbeitszeit muss auch zukünftig möglich bleiben.
8. Wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen, der die Chancen und neuen Anforderungen der Digitalisierung und Transformation realitäts- und zeitnah abbildet.



Kampagne zur Arbeitszeit

In diesem Sommer hat der DGB Stimmung gegen die geplante Reform des Arbeitszeitgesetzes gemacht. Dem ist die vbw entschieden entgegengetreten und hat klar Stellung bezogen. Auf einer eigenen Website und unseren Social-Media-Kanälen haben wir die Argumente des DGB widerlegt.

Um Aufmerksamkeit für unsere Position zu erzielen, haben wir die Vorteile für Arbeitnehmende in Szene gesetzt. Zusätzlich haben wir den DGB in den Posts aufgefordert, sich für die Interessen der Beschäftigten und den Standort einzusetzen.

Unsere Kampagne zeigte Wirkung: Nach einem Schlagabtausch mit dem DGB Bayern war vom DGB nichts mehr zur Reform zu hören. Positiv war auch, dass mehrere Bundesverbände unsere Argumente aufgegriffen haben.



Alle Motive und Argumente
finden Sie unter
vbw-bayern.de/KAMAZ

vbw Studie

Wasserstoffkosten für die Industrie

Wasserstoff ist ein zentraler Baustein für eine klimaneutrale Industrie. Damit sein Einsatz gelingt, müssen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gewährleistet sein.

Die Prognos AG hat deshalb für die vbw eine Studie zu den zukünftigen Wasserstoffkosten in verschiedenen Import- und Erzeugungsszenarien bis über 2045 hinaus erstellt. Die Analyse zeigt: Blauer Wasserstoff ist kurz- bis mittelfristig kostengünstiger, weist aber Restemissionen auf und wird nach 2045 voraussichtlich nicht mehr genutzt. Grüner Wasserstoff kann durch sinkende Stromkosten, technologische Fortschritte und Skaleneffekte langfristig deutlich günstiger werden. Ab 2030 kostet grüner Wasserstoff mit 11,9 Euro/kg fast doppelt so viel wie blauer mit 6,0 Euro/kg. Bis 2045 sinken die Kosten auf 8,7 Euro/kg (grün) bzw. 5,5 Euro/kg (blau). Im optimistischen Szenario kann grüner Wasserstoff sogar mittelfristig unter 5 Euro/kg fallen und damit wettbewerbsfähig werden. Die ermittelten Kostenbandbreiten bieten Unternehmen eine fundierte Grundlage, um ihre Transformationspfade zu planen.



Download Studie
Wasserstoffkosten für die Industrie
vbw-bayern.de/STWKO

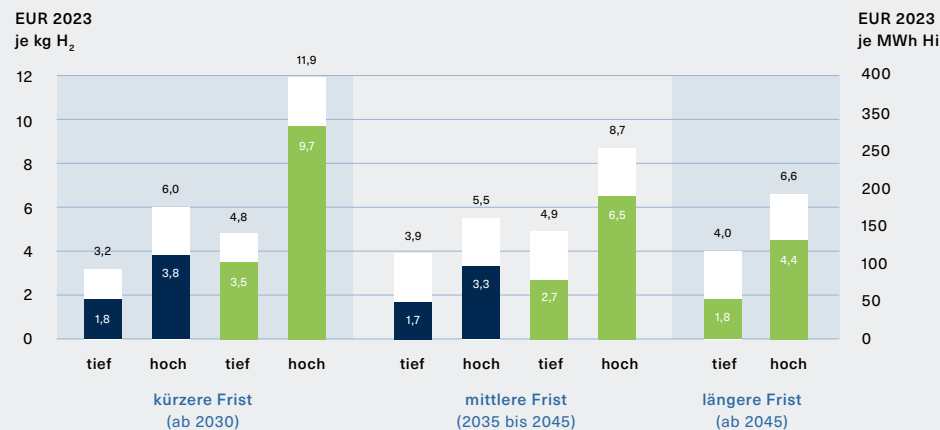
Ergebnisse der Wasserstoffstudie

Wasserstoffkosten
für Transport, Speicher
und Vertrieb

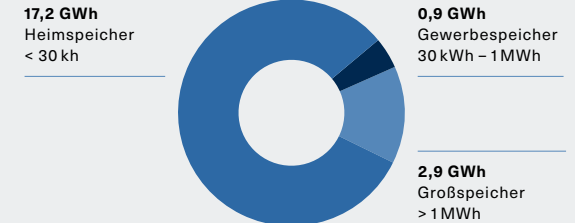
Gestehungskosten
blauer Wasserstoff
grüner Wasserstoff

Hi Unterer Heizwert

Quelle: Prognos, eigene Darstellung



Speicherkapazität Deutschland (Juli 2025)



Quelle: Marktstammdatenregister

vbw Leitfaden/Webinar Stromspeicher für Unternehmen

Volatile Strompreise und steigende Netzentgelte machen flexible Energielösungen immer wichtiger. Stromspeicher helfen, Lastspitzen zu reduzieren, Eigenverbrauch zu optimieren und Energiekosten zu senken. Gleichzeitig tragen sie zur Netzstabilität und Integration erneuerbarer Energien bei. In Industrie und Gewerbe gibt es noch viel ungenutztes Potenzial – sie stellen nur rund ein Prozent der derzeit installierten Speicherleistung. Um Unternehmen eine praxisnahe Orientierung zu geben, hat die vbw gemeinsam mit der FfE einen Leitfaden erstellt. Dieser erläutert technische Grundlagen, regulatorische Rahmenbedingungen und Wirtschaftlichkeitsaspekte.

In unserer Fokus-Veranstaltung am 22. September 2025 haben wir die Ergebnisse vorgestellt und anhand von Praxisbeispielen diskutiert.



Aufzeichnung ansehen
vbw-bayern.de/WEBSI

Im Fokus

Sozialversicherung konsequent reformieren



42,3 Prozent – so hoch ist aktuell der Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung in Deutschland. Doch das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Unterbleiben tiefgreifende Reformen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung, wird gegen Ende der Legislaturperiode der Gesamtbeitragssatz bei 45 Prozent liegen. Um dieses Szenario zu verhindern, hat die schwarz-rote Koalition im Koalitionsvertrag die Einberufung verschiedener Kommissionen und Arbeitsgruppen angekündigt. Dort sollen Vorschläge für Reformmaßnahmen erarbeitet werden. Der Handlungsbedarf ist jedoch groß, wir müssen rasch vom Diskutieren ins Handeln kommen.

Mehr Eigenverantwortung wagen

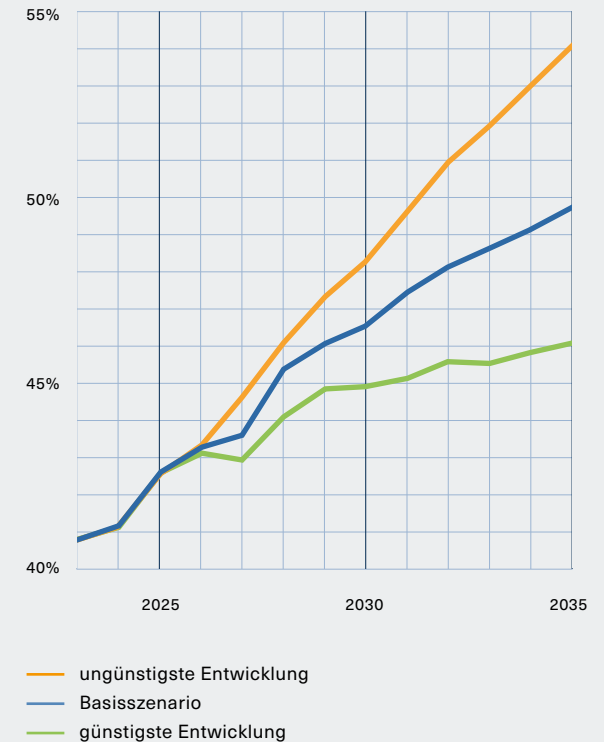
Ganz gleich, ob wir über die gesetzliche Krankenversicherung, die soziale Pflegeversicherung oder die gesetzliche Rentenversicherung sprechen, in allen Sozialversicherungszweigen gilt es die Eigenverantwortung zu stärken. Das bedeutet, wir brauchen bei Rente und Pflege jeweils eine private kapitalgedeckte Zusatzversorgung. Bei der Krankenversicherung kann eine höhere Eigenbeteiligung durch eine Kontaktgebühr erreicht werden.

Zeit für echte Strukturreformen

Um die finanzielle Lage der Sozialversicherung zu stabilisieren, sind echte Strukturreformen unumgänglich. Ansätze wie das geplante Primärarztsystem und die Krankenhausreform müssen schnellstmöglich umgesetzt werden. Bei der Pflege sollte mit Blick auf den Anstieg der Leistungsausgaben, der nicht durch die demografische Entwicklung erklärt werden kann, das bestehende System der Pflegegrade überprüft werden. Nicht zuletzt brauchen wir eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters auf 68 Jahre, um die Rentenversicherung zu stabilisieren.

Sozialversicherungsbeitragssatz

Gesamt, Projektion der Entwicklung
2023 bis 2035, in Prozent



Anmerkung: Für das Jahr 2024 mit durchschnittlichem GKV-Zusatzbeitragssatz gem. § 242a SGB V sowie für die Jahre 2024 und 2025 mit durchschnittlich tatsächlich erhobenem SPV-Beitragssatz.

Quelle: IGES



Bildung

Lehramtsstudium neu gedacht (WiPäd TRIAL)



Theorie und Praxis von Anfang an verknüpft

Um mehr Praxisnähe in der Lehrerausbildung zu schaffen, startet ab diesem Wintersemester 2025/26 mit 17 Teilnehmenden das triale Wirtschaftspädagogik-Studium (WiPäd TRIAL) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU). Es wurde von der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, dem Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an Beruflichen Schulen und der FAU Erlangen-Nürnberg ins Leben gerufen.

WiPäd TRIAL basiert auf der gezielten Verbindung von Studium, Referendariat und schulischer Tätigkeit, die über die gesamte Ausbildungsdauer besteht. Diese Verbindung ermöglicht eine praxisnahe, komprimierte und vergütete Qualifizierung ohne Abstriche bei der Qualität:

- **Praxis ab dem ersten Studientag:** Die Studierenden starten direkt in der Schulpraxis und sind während des Bachelorstudiums als pädagogische Unterstützungskräfte und im ersten Jahr des Masterstudiums als Aushilfelehrkräfte tätig. Im zweiten Jahr des Masterstudiums sind die Studierenden bereits als Studienreferendar*innen an den Schulen.
- **Coaching von Anfang an:** Die Studierenden werden von erfahrenen Lehrkräften begleitet und übernehmen mit zunehmender Erfahrung verantwortungsvollere Aufgaben bis hin zur eigenständigen Unterrichtstätigkeit.
- **Geld ab dem ersten Studientag:** Die Studierenden erhalten vom ersten Tag an Geld für die praktische Tätigkeit an Schulen und verdienen damit über die gesamte Studienzeit.
- **Schneller zum Ziel:** Die Verbindung von Theorie und Praxis führt zu einer komprimierten Ausbildungszeit von sechs Jahren (im Gegensatz zu regulär sieben Jahren), wobei sowohl die akademische Ausbildung als auch das Referendariat in Umfang und Anspruch erhalten bleiben.



Aktionsrat Bildung Gutachten 2025

Das neue Gutachten des Aktionsrats Bildung ist da. Zentrales Ergebnis: Für die Verbesserung der Bildungsqualität in Bund und Freistaat braucht es mehr Verbindlichkeit auf allen Ebenen des Bildungssystems.



Download
Gutachten 2025
vbw-bayern.de/BILARB

vbw Podcast, #27 Bildungsleistung durch Verbindlichkeit

In unserem Podcast spricht Katharina Muth mit Prof. Dr. Bettina Hannover sowie mit den Schulleiter*innen Kerstin Krins und Helmut Klemm.



Jetzt anhören
vbw Podcast, #27
vbw-bayern.de/VBWPC

Neues aus den Verbänden

Auftritt von Igor Levit mit dem vbw Festivalorchester

Der international gefeierte Klaviervirtuose Igor Levit spielte zusammen mit den jungen Musiker*innen auf dem Festival der Nationen unter anderem Stücke von Wolfgang Amadeus Mozart, Ludwig van Beethoven und Antonín Dvořák. In den Vorjahren gastierte das Orchester bereits mit David Garrett, Julia Fischer, Alice Sara Ott und im letzten Jahr gemeinsam mit der Klarinetistin Sabine Meyer sowie dem Bratschisten Nils Mönkemeyer in Bad Wörishofen. „In unseren bayerischen Unternehmen spielen neben fachlichen Fertigkeiten auch soziale und persönliche Kompetenzen wie etwa Teamgeist eine Schlüsselrolle. Unter dem Motto ‚Bayern bewegt – Jugend bewegt sich‘ fördert die vbw bei den herausragenden Talenten Leistung, Teamgeist und Kreativität“, erläutert Präsident Wolfram Hatz das Engagement der vbw.

Ausgewählte Highlights aus unserem Kalender

- 29. 08. RoundTable mit EU-Kommissarin Maria Luís Albuquerque
- 12. 09. WirtschaftsTalk mit Manfred Weber (PM)
- 19. 09. Pressegespräch mit Manfred Weber (PM)
- 19. 09. Veranstaltung mit EU-Schwesterverbänden
- 14. 10. Politischer Dialog Brüssel und Berlin / Oktoberfest
- 20. 10. Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit Alexander Dobrindt, Bundesminister des Innern (CSU)



16. Bayerische Wirtschaftsnacht

Am 14. Juli traf sich das Who's who der bayerischen Wirtschaft mit den Top-Vertreter*innen aus Politik, Medien und Gesellschaft. Festredner war Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Wolfram Hatz, der zuvor in der Mitgliederversammlung als vbw Präsident wiedergewählt worden war, unterstrich in seiner Begrüßung den Grund zum Optimismus:

„Es gibt einen vielversprechenden Koalitionsvertrag, und die Regierung hat einen ordentlichen Start hingelegt. Mit den Entscheidungen für massive Infrastrukturinvestitionen und mit dem bereits verabschiedeten ‚Investitionsbooster‘ ist ein guter Anfang gemacht.“

Mit Blick auf die zahlreichen Gäste aus der bayerischen Politik appellierte Hatz: „Die Menschen müssen wieder mehr Vertrauen in unser demokratisches Gemeinwesen schöpfen. Dazu braucht es eine gute Politik, die das Wohlstandsversprechen der sozialen Marktwirtschaft wieder besser einlöst als in den letzten Jahren. Daran mitzuwirken, dazu sind wir alle hier aufgerufen.“

Ja zu Olympia

Mit mehreren Social-Media-Posts hat sich die vbw für die Bewerbung für die olympischen Spiele in München engagiert. „Das „Ja“ der Bürger*innen ist ein klares Bekenntnis zu Fortschritt, Innovation und Stärke. Spiele in München wären eine starke Werbung für den Wirtschaftsstandort“, meint vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.



FemaleMediaNight

Am 22. Oktober kamen rund 100 Teilnehmerinnen aus der Medien-, Kultur- und Kreativwirtschaft im Rahmen der dritten Female Media Night ins hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, um über die Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz auf unsere Gesellschaft zu diskutieren und sich auszutauschen.



In den Medien

Einschließlich des dritten Quartals 2025 konnten die Verbände die aufmerksamkeitsstarke Pressearbeit der vergangenen Jahre auf hohem Niveau fortsetzen. Im Fokus standen die neue Bundesregierung und ihre Maßnahmen gegen die um sich greifende Standortkrise sowie die Lage der besonders betroffenen Automobil- und Automobilzulieferindustrie. So nimmt mitten in der Transformation die De-Industrialisierung weiter Fahrt auf und führt zu einem besorgniserregenden Arbeitsplatzabbau. Dies und viele andere Themen brachten viel Aufmerksamkeit für die Stimme der Wirtschaft und so summierten sich die Belege auf allen Kanälen, von Print über Online und Hörfunk bis Fernsehen, in den ersten drei Quartalen 2025 auf 11.948.

Die Verbände fordern von der Bundesregierung nicht weniger als eine konsequente Wirtschaftswende. Dass Deutschland und Bayern diese brauchen, wurde in vielen Pressegesprächen, Einzelinterviews und Pressemitteilungen unterstrichen. Die vbw stellte dabei auch neue wegweisende Studien vor. So titelte die Passauer Neue Presse: „Der Industriestandort Bayern ist gut – noch.“ Dabei bleibt aus Unternehmenssicht die größte Herausforderung am Standort der Bürokratieabbau, dazu der Münchner Merkur: „Größtes Risiko nicht Trump, sondern Bürokratie.“ Im Interview mit der AZ sagte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt: „Bayern ist gravierend betroffen.“

In den vergangenen Monaten kommentierten die Verbände immer wieder aktuelle politische Entwicklungen, darunter das internationale Weltgeschehen. Im Fokus stand unter anderem die Versorgung mit Rohstoffen, die Augsburger Allgemeine brachte es auf den Punkt: „Rohstoffpreise steigen erneut“, dpa und Merkur legten nach: „Viele Industriebetriebe haben Probleme mit Seltenen Erden“, respektive „Wie teuer Wasserstoff sein wird“. Zur Verflechtung der deutschen Industrie mit der Ukraine titelte die FAZ: „Deutsche Unternehmen bleiben der Ukraine treu.“ Auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit bleibt Dauerthema, für das Handelsblatt stellte sich die Frage: „Überfällig‘ oder ‚Überflüssig‘.“

Zentrale und regionale
Pressekonferenzen
Januar bis Oktober 2025

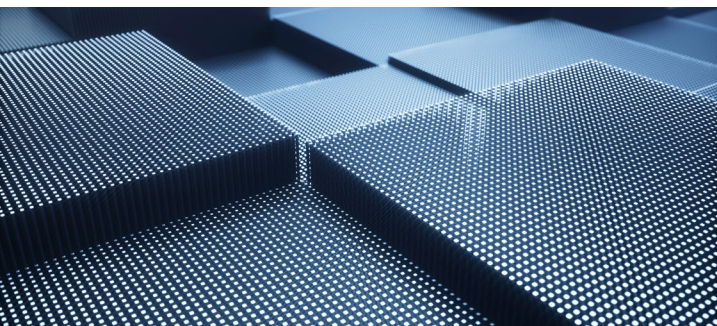
32

Anzahl der
Pressebelege
Januar bis Oktober 2025

13.000



1. Passauer Neue Presse, 02. Mai 2025
2. Abendzeitung, 30. April 2025
3. Handelsblatt, 18. August 2025
4. Münchner Merkur, 30. April 2025
5. FAZ, 12. Juni 2025



Aus den Regionen

Oberbayern

Im neuen Siemens Technology Center (STC) in Garching bündelt das Unternehmen seine zentralen Forschungsaktivitäten in Deutschland. Zunächst arbeiten dort rund 450 Mitarbeitende gemeinsam mit 150 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Technischen Universität München, um mittels Datenanalytik und Künstlicher Intelligenz Programmierung zu erleichtern, Produktionsstörungen frühzeitig zu erkennen und die Kommunikation zwischen Mensch und Maschine in natürlicher Sprache zu ermöglichen. Mit einem zweiten Bauabschnitt wird das STC 2027 der größte Forschungsstandort von Siemens weltweit sein.

Niederbayern

Zu ihrem 7. Sommerempfang auf Burg Trausnitz in Landshut begrüßte die vbw Bezirksgruppe Niederbayern über 150 geladene Gäste aus der regionalen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Vorstandsvorsitzender Dr. Thomas



03. Juli 2025, Garching bei München
**Bezirksgruppenvorstand
zu Gast am neuen Siemens-Forschungsstandort**

Vorstandsmitglieder der vbw Bezirksgruppe München-Oberbayern mit dem Vorsitzenden Thomas Benz (2. v. rechts) und dem stellvertretenden Vorsitzenden Andreas L. Huber (ganz links)

Pröckl betonte die Zukunftsfähigkeit des Standorts Niederbayern. Gerade die Menschen in den niederbayerischen Unternehmen zeigten jeden Tag, wie harte, ehrliche und fleißige Arbeit aussehe. Wertvolle Impulse aus dem Maschinenraum Europas gab Gastrednerin Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP in ihrem äußerst interessanten Vortrag zum Thema „Europa im Wandel“.

Oberfranken

Für die oberfränkische Wirtschaft scheint die konjunkturelle Talsohle erreicht, aber die tiefgreifenden strukturellen Probleme hindern die Unternehmen, wieder spürbar auf Erfolgskurs zu kommen. Das Wachstum wird dabei insbesondere durch die hohen Kosten für Arbeit, Steuern und Energie gebremst. Beim 22. Wirtschaftstag Oberfranken trug Prof. Dr. Marina Henke dazu vor, wie sich Deutschland wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitisch aufstellen muss, um künftig auf dem internationalen Parkett bestehen zu können.



05. Juni 2025, Burg Trausnitz, Landshut
**7. Sommerempfang
der vbw Bezirksgruppe Niederbayern**

v.l.n.r.: Dr. Jutta Krogull, Geschäftsführerin der vbw Bezirksgruppe Niederbayern; Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP; Dr. Thomas Pröckl, Vorsitzender der vbw Bezirksgruppe Niederbayern



23. Juni 2025, Kloster Banz
22. Wirtschaftstag Oberfranken

v.l.n.r.: Tina-Maria Vlantoussi-Kaeser, Vorständin, KAESER KOMPRESSOREN SE, Coburg; Thomas Kaeser, Vorstandsvorsitzender, KAESER KOMPRESSOREN SE, Coburg; Prof. Dr. Marina Henke, Professor of International Relations an der Hertie School of International Relations, Berlin; Patrick Püttner, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe Oberfranken, Coburg



24. September 2025, Rothenburg ob der Tauber
Sitzung des vbw Bezirksgruppenvorstands Mittelfranken

v.l.n.r.: Harald Hubert, Dr. Markus Naser, Stefanie Mälzer,
Harald Wohlfahrt

Unterfranken

Gastrednerin beim 19. *Aschaffener Schlossgespräch* war die Börsenexpertin Anja Kohl. Sie sprach über die Chancen der bayerischen Wirtschaft in einem sich stetig wandelnden Umfeld. Sie forderte die Politik auf, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern.

Im 20. Jahr ihrer Kooperation begrüßten vbw und die Arbeitsrechtslehrstühle der Julius-Maximilians-Universität Würzburg die Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht Karin Spelge zum *Würzburger Forum Arbeitsrecht*. Mit Vertretern aus Behörden, Wissenschaft und Wirtschaft diskutierten sie das komplexe Recht der Massenentlassung.



03. Juni 2025
19. Aschaffener Schlossgespräch

Anja Kohl
Journalistin und
Wirtschaftsexpertin

Mittelfranken

Der vbw Bezirksgruppenvorstand Mittelfranken tauschte sich in der Sitzung am 24. September 2025 zu den Themen kommunales Standortmanagement sowie Unternehmensnachfolge aus. Dr. Markus Naser, Oberbürgermeister der Stadt Rothenburg ob der Tauber, gab einen Einblick in die Innenstadtentwicklung einer durch den Tourismus geprägten großen Kreisstadt. Harald Wohlfahrt, vertretungsberechtigter Gesellschafter, Käthe Wohlfahrt KG, erläuterte die Thematik der Unternehmensnachfolge in einem Familienunternehmen.

Schwaben

Die vbw Bezirksgruppe Schwaben begrüßte zu ihrem 12. *Augsburger Forum Arbeitsrecht* Gäste aus der Wirtschaft, Gesellschaft und dem Rechtswesen. Das Forum beschäftigte sich dieses Jahr mit den Themen Arbeitsunfähigkeit, Entgeltfortzahlung und Sonderzahlungen im Krankheitsfall.

Im Mai 2025 wurde Alexander Hetzger, Geschäftsführer der ADV – Augsburg Druck- und Verlagshaus GmbH, vom Verband Druck und Medien Bayern e.V. in den regionalen Bezirksgruppenvorstand delegiert.

Im Oktober 2025 fand das 31. *Herbstgespräch Schwaben* statt. Als Rednerin begrüßte die Bezirksgruppe in diesem Jahr Vera Schneevoigt, geschäftsführende Gesellschafterin der Guiding for Future GmbH, Autorin, Mentorin und ehemalige Geschäftsführerin der Fujitsu Technology Solutions GmbH sowie Chief Digital Officer bei Bosch Building Technologies.

Oberpfalz

Auf Einladung von Carola Kupfer, BLVKK-Präsidentin und vbw-Vizepräsidentin, besuchte Bertram Brossardt das neue Kreativareal in Regensburg. Rund um das denkmalgeschützte Gebäude entsteht derzeit ein neuer Arbeitsort für die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Für Bayern ist es ein weiterer wichtiger Schritt, die Attraktivität als Standort für die Kreativwirtschaft zu stärken. Bei einem



22. Juli 2025, Augsburg
12. Augsburger Forum Arbeitsrecht

v.l.n.r.: Stephanie Ammicht, Geschäftsführerin vbw Bezirksgruppe Schwaben; Aurel Waldenfels, Richter am Arbeitsgericht Augsburg; Prof. Dr. Martina Benecke, Universität Augsburg; Katharina Hörmann, Syndikusrechtsanwältin, vbw München; Prof. Dr. Martin Maties, Universität Augsburg



26. September 2025, Regensburg
Besuch des neuen Kreativareals

v.l.n.r.: vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt; Prof. Dr. Georg Stephan Barfuß, Stadt Regensburg; Carola Kupfer, BLVKK-Präsidentin; Monika Stiglmeier, vbw Bezirksgruppe Oberpfalz; Christine Böhm, Stadtwerk Regensburg GmbH; Eva-Maria Morel, Kreativbehörde Regensburg; Sebastian Knopp, Leiter der Kreativbehörde Regensburg

Rundgang durch das Gelände erhielten die Beteiligten einen Einblick in das Konzept, auf mehr als 17.000 Quadratmetern einen Raum für Kreativität und Innovation zu schaffen.

vbw Gremium

Präsident



Dipl.-Betriebswirt Wolfram Hatz
Vorsitzender des Beirats und Gesellschafter
Motorenfabrik Hatz GmbH & Co. KG,
Präsident vbw

Vizepräsident*innen

Johann Bögl

Gesellschafter und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Firmengruppe Max Bögl, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbands e. V.

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., München

Dr. Christian Hartel

Vorsitzender des Vorstands Wacker Chemie AG, Vorsitzender Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e. V. und Verband der Chemischen Industrie e. V., Landesverband Bayern Mitglied im VCI Präsidium

Marion Höllinger

Sprecherin der Geschäftsführung der HypoVereinsbank – UniCredit Bank GmbH, München, Vorstandsvorsitzende Bayerischer Bankenverband e. V.

Ilka Horstmeier

Personalvorständin und Arbeitsdirektorin, Mitglied des Vorstands BMW AG

Dr. Thomas Kuhn

Rechtsanwalt, Präsident des Verbands Freier Berufe e. V.

Carola Kupfer

Autorin, Ghostwriterin, Texterin und Kommunikationstrainerin, Präsidentin Bayerischer Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft e. V.

Ernst Läger

Persönlich haftender Gesellschafter Benno Marstaller KG, Präsident Handelsverband Bayern e. V.

Christoph Leicher

Geschäftsführer Leicher Engineering GmbH, Präsident Landesverband Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen Bayern e. V.

Dr.-Ing. Rolf Pfeiffer

Geschäftsführender Gesellschafter DEPRAG SCHULZ GMBH u. CO. KG, stv. Vorstandsvorsitzender VDMA Bayern

Angelique Renkhoff-Mücke

Vorstandsvorsitzende WAREMA Renkhoff SE, Tarifverhandlungsführerin vbm, Mitglied im Präsidium und Vorstand vbm

Dr. Markus Rieß

Vorsitzender des Vorstands ERGO Group AG, Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland e. V., Mitglied des Vorstands Münchner Rückversicherung AG

Dr. Klaus-Peter Röhler

Mitglied des Vorstands Allianz SE, Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland e. V.

Dr. Christian Heinrich Sandler

Vorsitzender des Vorstands Sandler AG, Präsident Verband der Bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie e. V.

Jürgen Schaller

Geschäftsführer Carl Macher GmbH & Co. KG, Vorstandsvorsitzender Verband Bayerischer Papierfabriken e. V.

Erich Schulz

Geschäftsführer Erich Schulz GmbH & Co. KG, Vorsitzender Unternehmerverband bayerisches Handwerk, Vorstand/Landesinnungsminister Fachverband Sanitär, Heizungs- und Klimatechnik Bayern

Hubert Schurkus

Aufsichtsratsvorsitzender und Präsident, Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (bbw) e. V.

Dr. Egon Leo Westphal

Vorsitzender des Vorstands Bayernwerk AG, Mitglied im Vorstand des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW

Ehrenpräsidenten

Alfred Gaffal

Dr.-Ing. E. h. Eberhard von Kuenheim
Prof. Rolf Rodenstock



Das vollständige aktuelle Gremium
finden Sie unter folgendem Link
www.vbw-bayern.de/VBWGR

Stark für Bayern

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. ist die freiwillige, branchenübergreifende Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft. Wir vertreten die gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Interessen von 164 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden sowie 52 Fördermitgliedern. So erhalten wir den Freiraum für wirtschaftliches Handeln und sichern gleichzeitig den sozialen Frieden.

www.vbw-bayern.de

Sie finden uns auch auf



Thematische
vbw Microsites

www.fks-plus.de
www.regional-datenbank.de

Newsletter Vip
Verbandsinformation personalisiert

Exklusiv für unsere Mitglieder:
Wöchentlicher Überblick über alle Themen
und Positionen der vbw. Jetzt anmelden unter
www.vbw-bayern.de

Ansprechpartner

Tobias Rademacher

Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

T 089-551 78-399

tobias.rademacher@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5

80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Oktober 2025

Konzeption und Realisation

gr_consult gmbh

vbw@gr-consult.net

Bildnachweis

Getty Images: S. 03, 07, 09, 15, 17;

iStock: S. 01, 03, 04, 05, 08, 09, 10, 11, 12;

alle anderen Bilder vbw oder direkt
gekennzeichnet